

Otto Buchwitz: Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung

Heinz Niemann

Man kann aus der Geschichte nichts lernen. Diesen Kernsatz findet man meist bei jenen Vertretern der Historikerzunft, die dem Geschichtsprozeß jegliche Logik, jegliche Gerichtetheit absprechen, oft mit der unschwer erkennbaren Absicht, den gegenwärtigen Gesellschaftszustand als alternativlos darzustellen. Aber auch jene Theoretiker, die neuerlich die ‚Offenheit der Geschichte‘ beschwören, als sei dies eine sensationell neue Entdeckung, meinen damit nicht selten eine Offenheit des Ungewissen, des nicht Gestaltbaren. Allein der Eintritt des Unerwarteten, Überraschenden und Zufälligen wird als Ausdruck dieser Offenheit gewertet. So scheint man aus der Geschichte nur lernen zu können, daß die Menschen nichts lernen.

Historische Verläufe haben im Nachhinein aber wiederum die suggestive Kraft des Faktischen, sich als so und nicht anders möglich darzustellen. Die meisten Memoirenschreiber aus abgetretenen Politikergenerationen bestärken ihre Leser darin, daß alles so kommen mußte, im positiven Fall aufgrund ihres eigenen verdienstvollen Wirkens, im negativen, weil alles unausweichlich so kommen mußte. Zwei Seiten von Eschatologie.

Marxistische Geschichtsauffassung geht davon aus, daß die Menschen ihre Geschichte zwar unter vorgefundenen Verhältnissen machen müssen, nicht aus freien Stücken, daß sie sie aber selbst machen. Ihre Praxis, die Wahl ihres Weges hängt somit nicht nur von den objektiven Umständen (Charakter und Reife der Produktionsweise, Machtverhältnisse u.a.) sowie davon ab, von welchen Bedürfnissen und Interessen, sondern auch von welchen Erkenntnissen sich Menschen leiten lassen. In welchem Maße Erkenntnisse gesellschaftlich wirksam werden, wird von verschiedenen Faktoren bestimmt: von der Qualität der Erkenntnisse, der Organisiertheit der Träger derselben, von den die jeweiligen historischen (konkurrierenden oder kooperierenden) Subjekte leitenden Werten und moralischen Normen, den Medien, einzelnen Persönlichkeiten, der Lage und den aktuellen Erfahrungen und dadurch von der Bereitschaft der Massen, wem sie zu folgen bereit sind u.a.; stets aber auch durch Art und Tiefe der Verarbeitung relevanter historischer Erkenntnisse bei der bewußten Wahl eines von mehreren alternativen Wegen, und sei es vorab auch nur in programmatischer Form. Die Anerkennung der Wechselwirkung von Spontaneität und Bewußtheit, die jeden historischen Prozeß charakterisieren, muß zwar das Eintreten des Unerwarteten einkalkulieren, zwingt jedoch in keiner Weise auf eine bewußte Gestaltung von Politik (als gegenwärtige Geschichte) und den Versuch einer Prognose, was geschehen sollte, zu verzichten. Die menschliche Praxis ist stets in diesem oder jenem Grade eine bewußte. Ein solches Verständnis von historischer Gesetzmäßigkeit ist das Gegenteil von Teleologie.

Das vorgestellte Dokument ist eine klassische Illustration eines naiven dialektisch-materialistischen Geschichtsverständnisses und Spiegelbild eines konkret-historischen Geschichtsbildes. Der Verfasser, Otto Buchwitz (1879-1964), hat ohne Zweifel zum nicht-reformistischen, klassenkämpferischen und deshalb in mancher Hinsicht kritischen Flügel in der SPD gehört, obwohl oder trotzdem er ihr ein treuer und für sie engagierter Funktionär bis zum Schluß geblieben ist. Daß er damit - als ‚nützlicher Idiot‘ - zugleich den Einfluß der opportunistischen Führung stabilisiert hat, vermochte er lange nicht einzusehen. Es bleibt auch bei ihm bis zu seinem Entschluß zur Zusammenarbeit in der Emigration und schließlich zur Vereinigung mit der KPD 1945/46 bei jenem Widerspruch zwischen früher Erkenntnis und spätem, manchmal zu spätem Handeln. Sein Tod hat es ihm erspart, vielleicht erneut vor einem solchen Widerspruch und einem ganz anderen Entschluß zu stehen.

Das abgedruckte Dokument ist ein durchaus typisches Beispiel dafür, wie ein sich mitverantwortlich fühlender Politiker bemüht war, aus den Erfahrungen einer historischen Niederlage Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen, aus der Geschichte zu lernen. Wer mit seiner Biografie vertraut ist, kann nachvollziehen, wie sich Buchwitz nach 1945 in seinem ganzen noch verbleibenden politischen Leben von den damals von ihm erarbeiteten Lehren leiten ließ. Warum es erst so gravierender Erfahrungen und veränderter Umstände bedurfte (bei ihm wie bei Hunderttausenden anderer Mitstreiter), um die richtige Konsequenz daraus zu ziehen, bleibt eine offene Frage.

Die nicht datierte und offenbar noch nicht für veröffentlichungsreif angesehene zwanzig Schreibmaschinenseiten umfassende Ausarbeitung dürfte im Herbst/Winter 1933, also relativ bald nach seiner dringlichen Flucht am 3. August 1933 nach Dänemark, mit der er sich der drohenden Verhaftung entzog, entstanden sein. In seiner Handschrift steht unter der Überschrift: *Otto Buchwitz - Görlitz, z.Z. Kopenhagen*.

Buchwitz erinnerte sich zwar an die von dänischen Genossen ergangene Anregung für ein Exposé über die „Ursachen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik“, glaubte jedoch, es sei nie zustande gekommen. In der Kopenhagener Gruppe von etwa 60 sozialdemokratischen Emigranten hatte es anfänglich eine lebhaftere Debatte zu den Ursachen der Niederlage gegeben, in die sich der ehemalige Bezirkssekretär von Niederschlesien und Reichstagsabgeordnete (1924-1933) aktiv und kritisch einschaltete, deren Niveau er jedoch als „jämmerlich“ empfand, weshalb er sich bald davon zurückzog. Zuvor dürfte das Manuskript jedoch zumindest als Redevorlage gedient haben und so in die Hand des Prager Parteivorstand beauftragten Leiters der dänischen Gruppe der sozialdemokratischen Emigranten, Richard Hansen, geraten sein. Mit dem war es zu direkt feindseligen Auseinandersetzungen gekommen, da „der mit seinem Stab ... rücksichtslos den Standpunkt der absoluten Richtigkeit der SPD-Politik (vertrat).“¹ Dieser dürfte dann das Manuskript nach Prag gesandt haben, da es sich in dem Bestand „Emigration SOPADE“ des Archivs

1 Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1949, S.154.

der sozialen Demokratie² befunden hat. Diese Umstände dürften erklären, daß Buchwitz sich nicht an die Ausarbeitung erinnerte, obwohl er in seinem Erinnerungsbuch „50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung“, welches aus Anlaß seines 70. Geburtstags mit einem Grußwort von Wilhelm Pieck erschien, noch dem gleichen Argumentationsschema zur genannten Thematik gefolgt ist. Eine unter Umständen naheliegende Vermutung, der Verfasser habe aus Gründen der politischen Opportunität angesichts der z.T. heftigen Kritik an der KPD das Dokument später lieber der Vergessenheit anheim fallen lassen, läßt sich zumindest teilweise entkräften, da er in dem 1949 erschienenen Buch dabei geblieben ist, „daß gerade den Einheitsfreunden in der SPD der Kampf um die Einheitsfront dadurch erschwert wurde, daß noch immer (1932 - H.N.) viele Funktionäre der KPD in der SPD den Hauptfeind sahen, was die SPD-Arbeiter erbitterte“.³

Der einführende Teil mit seiner argumentativen Teilentlastung der Führer war wahrscheinlich kaum als Selbstverteidigung gedacht. Er wird durch die dann folgende scharfe Kritik an der eigenen Führung von ihm selbst konterkariert. Auch deshalb hatte er sich finanziell vom dem mit der Parteikasse in Prag sitzenden eigenen Emigrationsvorstand unabhängig gemacht, so daß die anfängliche Teilentlastung der Führung wohl mehr eine Verbeugung vor dem Vorstand der Gastgeberpartei sein sollte.

Eine aus der Sicht von 70 Jahren danach versuchte Wertung muß als erstes Respekt vor dem Bemühen um eine historische Analyse bekunden, hatte der Verfasser doch keinerlei nennenswerte interne oder wissenschaftliche Quellen zur Verfügung. Es dürfte keine untypische Widerspiegelung des Geschichtsbildes einer ganzen Gruppe von Sozialdemokraten gewesen sein, die nach 1945 in großer Zahl wie Buchwitz praktische Schlußfolgerungen zogen. Insofern relativiert dieses Dokument viele im allgemeinen richtige Vorbehalte gegen den Zeitzeugen als historische Quelle, da es zeigt, wie mit einem angemessenen methodischen Instrumentarium dauerhafte Erkenntnisse gewonnen werden können, auch wenn nur radikal-demokratische Sozialisten seinen Schlußfolgerungen und Forderungen heute noch uneingeschränkt zustimmen dürften.

Es bleiben natürlich einige kritische Anmerkungen mit dem heutigen Wissensstand der Geschichtsforschung und einem halben Jahrhundert neuer Erfahrungen, darunter der Untergang des von Buchwitz so leidenschaftlich gewollten und real versuchten Sozialismus auf deutschem Boden.

Die Anfangspassage widerspiegelt - mal abgesehen davon, daß sich jüngere Forschung darin einig geworden ist, den Belastungen des Versailler Vertrages nicht mehr diesen hohen Stellenwert für das Scheitern der Weimarer Republik zuzuerkennen, wie es damals und lange Zeit auch in der historischen Literatur Konsens war, - die Illusion, daß es linken oppositionellen Kräften je gelingen könnte, eine hierarchisch-bürokratisch abgesicherte Parteiführung zu stürzen oder zu einem prinzipiell anderen Kurs zu zwingen. (Der Sturz des SED-Politbüros 1989 ist da wie so vieles im 41. Jahr der DDR ein Unikat, um nicht Unikum zu sagen.)

2 Archiv der Sozialen Demokratie bei der FES, Bonn-Bad Godesberg, Emigration SOPADE, Mappe 25.

3 Buchwitz, 50 Jahre, S.126.

So richtig seine Kritik an linkssektiererischen Fehlern der KPD und dem gegenseitig betriebenen Bruderzwist war, die Hoffnung, ein stärkerer oppositioneller Flügel hätte mehr als verbale Zugeständnisse bei jenen Führern erreicht, die schon immer bereit waren (und es immer noch sind), „alles zu unterschreiben, nur um an der Spitze der Bewegung zu bleiben“ (Lenin), war illusionär. Wesentlicher scheint jedoch die unausgesprochene Auffassung, daß sich das Fiasko von 1933 nicht zuletzt daraus erklärt, weil scheinbar jeweils realpolitisch zwingend erscheinende, politisch-pragmatische Kompromisse und theoretische Zugeständnisse sich zu einer Kette von Fehlentscheidungen und Selbsttäuschungen gefügt haben, wodurch entgegen anderen politischen Einsichten und theoretischen Analysen mögliche Alternativen vergeben wurden. Seiner zentralen These von der entscheidenden Rolle der Spaltung der organisierten Arbeiterbewegung ist sicherlich zuzustimmen, aber nur, wenn man - wie Buchwitz - schlicht voraussetzt, daß dadurch eine klassenkämpferische, an sozialistische Programmatik gebundene Strategie und Taktik verfolgt worden wäre. Dem widerspricht er selbst, wenn er das Ausbleiben radikaler Sozialisierungsschritte als Ursache der Spaltung benennt, zugleich die Siegermächte und wenig später die eigene Führung dafür schuldig spricht. Die banale Tatsache, daß die Führungsschicht der Partei durch ganz persönliche Interessen immer stärker in das herrschende System eingebunden worden war (ohne auch nur annähernd schon das Maß an Korruption wie heute erreicht zu haben), blieb ihm verschlossen.

Die manchmal bedrückende Aktualität des siebzig Jahre alten Textes spricht im übrigen auch für die Auffassung, daß man durchaus aus der Geschichte lernen kann, wenn man nur will.

*Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung
und der Sieg des Faschismus*

*Von Otto Buchwitz - Görlitz, z.Z. Kopenhagen**

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt debattiert man den Sieg des F a s c h i s m u s. Dies ist auch kein Wunder, denn der Faschismus in Deutschland, im Herzen Europas gelegen, bedroht den Frieden in der Welt. Von Deutschland aus ist der Frieden der ganzen Welt bedroht. Zu katastrophal war die Niederlage der stolzen und mächtigen Arbeiterorganisationen, als daß man schweigend diese Katastrophe hinnehmen könnte.

Viele Menschen sind in ihrem Urteil über Ursachen der Niederlage der Arbeiterklasse in Deutschland schnell fertig. Ihr Urteil lautet: Die Führer sind schuld! Das Urteil mag Dummen und Denkfaulen genügen, vor der Geschichte hält ein solches Urteil nicht stand.

Ich bin durchaus der Meinung, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht nur die Pflicht, sondern das wohlverdiente Recht hat, bei der Untersuchung der Ursachen

* Offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert, Abkürzungen ergänzt, die Schreibweise der modernen Rechtschreibung angepaßt. In wenigen Fällen erfolgte eine stilistische Glättung. Der Leitung des Archivs der Sozialen Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung danken wir für die Erlaubnis des Abdrucks.

und Fehlerquellen auf keine Personen Rücksicht zu nehmen, ganz gleich welche Stellung sie auch bekleideten.

Ich selbst sehe diese Fehler sehr wohl und gehe auch auf diese ein. Vor allen Dingen sehe ich mein Leben lang die unsagbare Feigheit, die sich in der obersten Führungsschicht im letzten Stadium der Katastrophe zeigte. Es war geradezu der Gipfel an Erbärmlichkeit und Feigheit, was sich da zeigte. Erst eine spätere Untersuchung wird und muß feststellen, ob die Schuld, daß die Arbeiterschaft (sich) so erbärmlich mußte abschlagen lassen, an der Führung der Partei oder an den Gewerkschaften oder an den Staatsmännern lag.

Trotz dieser meiner Auffassung bin ich der Meinung, daß es falsch ist, die Alleinschuld der Führung zuzuschieben. Es ist absolut falsch zu sagen, daß das entscheidende Versagen der Organisationsführer am 20. Juli 1932 und am 5. März 1933 gewesen sei. Das Unglück der deutschen / (S.1) Arbeiterklasse bereitete sich schon viel früher vor. Die Lawine der Konterrevolution nahm ihren Anfang schon in der Geburtsstunde der Republik.

Untersuchen wir daher, jeder zu seinem Teil, die wirklichen Ursachen der Katastrophe, denn nur dann kann die deutsche Arbeiterklasse aus der Vergangenheit lernen. Nur dann kann auch das Weltproletariat aus dem deutschen Schicksal seine Lehren ziehen.

Es sei deshalb nochmals gesagt: Die Schuld nur auf die Führung zu schieben ist falsch und feig. Man bedenke doch auch, daß immerhin in der deutschen Sozialdemokratie ein starkes Maß an Demokratie regierte, die Arbeiter wählten ihre Führer selbst, also träfe auch sie die Schuld. Oberflächliche Beurteilung führt zu falschen und gefährlichen Schlüssen. Falsch deshalb, weil eine solche Auffassung zu unverdient schlechter Beurteilung des Kampfgeistes der deutschen Arbeiterklasse führt, andererseits die tatsächlichen Fehler der Führung unnötig übertreibt.

Gefährlich ist jene Auffassung deshalb, weil aus einer solch leichtfertigen Darstellung die Arbeiterschaft der Welt aus den Vorgängen in Deutschland nichts lernen kann. Im Gegenteil, schiebt man die Schuld der Führung zu, dann entsteht die Gefahr, daß allzu schnell auch in anderen Bruderorganisationen Mißtrauen zwischen Führung und Gefolgschaft gesät wird. Das aber könnte sich eines Tags - bei der internationalen Gefahr des Faschismus - furchtbar rächen. Richtig ist vielmehr, daß der 20. Juli und der 5. März nur Schlußpunkte unter eine verhängnisvolle Entwicklung unter eine Kette von politischen Fehlern waren, die ihren Ausgang schon im Jahre 1918 nahmen.

Die Revolution von 1918 sowie deren Krönung, der Staat von Weimar, trugen schon in der Geburtsstunde den Keim der Konterrevolution in sich. Das große Unglück der deutschen Revolution von 1918 war, daß jene geschichtliche Stunde eine völlig uneinige und zerrissene Arbeiterschaft vorfand. In drei Teile zerrissen - Kommunisten, Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten, bekämpften sich die Arbeiter als die / (S.2) Träger der Revolution aufs erbitterteste. Auch die Regierung der Volksbeauftragten, welche sich aus Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten zusammensetzte, war schon beim Zusammentritt zum Tode verurteilt. Entscheidend hierfür waren nicht einmal so sehr die grundsätzlich verschiedenen

Auffassungen über die Durchführung der Revolution, sondern das alte Erbübel der Deutschen zeigte sich damals wie heute als Haupthindernis einer ersprießlichen Zusammenarbeit: Es fehlte jegliche Duldsamkeit gegeneinander, jeglicher Gemeinschaftsgeist, also alle Voraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit. Vielmehr bekämpften sich die Führer der Regierungsparteien aufs heftigste in ihrer Presse und in Versammlungen. Damals wie heute spielte in den Versammlungen eine wichtige Rolle: Soll die Demokratie oder die Diktatur die Regierungsform sein? Die Massen kamen in Verwirrung. Viele alte Kämpfer wandten sich, angewidert von diesem häßlichen Streit, von jeder politischen Betätigung ab, die Partei wurde vielen verekelt.

Durch diesen unseligen Bruderkampf bekamen die Träger der Konterrevolution ihre erste Atempause von dem Schreck über den militärischen Zusammenbruch und die Revolution.

Während eine einige Arbeiterschaft auch nach den demokratischen Grundsätzen den neuen Staat gesichert und die alte Herrschaftsform in ihren Urzellen vernichtet hätte, konnte angesichts des Bruderkampfes der Arbeiter die Konterrevolution geruhsam anfangen, sich vorzubereiten. Während die Gewehre der Träger der Revolution gegeneinander knallten, konnte schon der gegenwärtige Arbeitsminister Hitlers, Herr Seldte, seine reaktionäre Stahlhelmorganisation aufziehen. Von gescheiterten monarchistischen Offizieren der alten Armee wurden zahllose vaterländische Vereine als Freischaren für die energisch betriebene Konterrevolution gegründet. Die Arbeiterschaft sah die Gefahr, man schrieb und redete dagegen, aber lernte nichts daraus; eine Richtung schob der anderen die Schuld an diesen Zuständen zu, im übrigen hielt man den Bruderkampf für wichtiger. Die Träger der Konterrevolution schwiegen und arbeiteten und rüsteten weiter./(S.3)

Die Unabhängigen zogen sehr bald ihre Volksbeauftragten aus der Regierung zurück. Das geschah weniger aus grundsätzlichen Erwägungen als aus Rechnungsträgerei an die Kommunisten sowie an ihren eigenen kommunistischen Flügel. Die Unabhängigen glaubten dadurch die Spaltung ihrer Partei vermeiden zu können, die 1920⁴ als Folge der Unklarheit ihrer Politik doch erfolgte. Der Austritt der Unabhängigen aus der Regierung bedeutete eine neue Schwächung der Arbeiterklasse und Stärkung der Konterrevolution, der konterrevolutionären Kräfte. In der Spaltung der Arbeiterklasse liegt zweifellos die Hauptursache der Niederlage der deutschen Sozialdemokratie. Dieses Verbrechen Moskaus muß in der Geschichte festgehalten werden. Durch die Trennung der Arbeiterklasse in drei Heersäulen verlor die alte sozialdemokratische Partei ihren radikalen Flügel und somit den Stachel des Ansporns durch sachlich aufbauende Kritik an ihren Handlungen, an ihrer Politik. Keine Partei kann aber - nicht ohne in die Gefahr der Erstarrung zu kommen - auf Dauer sachlicher Kritik entraten. Die reformistische Richtung - welche auch den Parteiapparat vollständig beherrschte - bekam dadurch die Partei völlig in die Hand. Der oppositionelle Flügel in der Partei wurde unbedeutend.

4 Irrtümlich im Text: 1921.

Eine wesentliche Rolle in der Entwicklung der deutschen Zustände spielte zu jener Zeit die Reichswehr. Daß diese kein Instrument des neuen Staates wurde, ist als Hauptschuld der Arbeiterschaft selbst anzukreiden. Genosse Noske als Reichswehrminister forderte in hunderten Aufrufen in der gesamten demokratischen Presse die Arbeiter auf, ihre Söhne der neuen Wehrmacht zuzuführen. Wütend wurde dies von den Kommunisten und Unabhängigen bekämpft. Aber auch in Gewerkschaften und Partei wurde Noske der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Wer zur Reichswehr ging wurde verfehmt. In den Mitgliederversammlungen drohten unsere eigenen Mitglieder mit der Abbestellung unserer Zeitung, wenn sie die Werbeinserate Noskes weiter bringen würde. Sofort erkannte die Reaktion ihre neue Chance. Die alten monarchistischen Offiziere witterten Morgenluft; in Verbindung mit den / (S.4) Schwerindustriellen und Junkern ging man eifrig ans Werk, aus der Reichswehr ein Instrument für die kommende Konterrevolution zu machen.

Daß dies mit Erfolg geschah wurde in jeder gefährlichen Lage der Republik bewiesen. Alte, durch den Krieg entwurzelte Landsknechte und die Söhne der reaktionären Bauern wurden das Material, aus welchem die Reichswehr gebildet wurde. Die Arbeiter schimpften auf die republikfeindliche Reichswehr, aber der Giftstachel steckte nun einmal im Körper der Weimarer Republik. Dieses Trauerspiel wurde erleichtert durch die ungeheure Vertrauensseligkeit, welche Ebert und Noske den alten kaiserlichen Offizieren entgegenbrachten. Naiv wurde den falschen Eiden dieser gerissenen Reaktionäre geglaubt. Den wenigen Sozialisten, welche zur Reichswehr gingen, wurde die Freude am Dienst für die Republik auch nicht gerade gefördert. Von den eigenen Klassengenossen verhöhnt und verachtet, von der Regierung in ihren Rechten immer mehr beeinträchtigt, verließ bald enttäuscht der letzte Sozialist die Wehrmacht. So mußte es kommen, daß aus der Wehrmacht des neuen Staates ein Instrument der Konterrevolution und der monarchistischen Restauration wurde.

Es sind der Ursachen viele, welche den Sieg der Nationalsozialisten erklären. Das Ausland, welches sich heute mit Entsetzen und Abscheu von dem blutbesudelten Hitlerdeutschland abwendet, ist an seinem Werden wahrlich nicht unschuldig. Der Haupttummelplatz für nationalsozialistische Agitation war der Versailler Friedensvertrag. Heute kann wohl kein Mensch mehr leugnen, daß die übermütigen Sieger von 1918 den am Kriege unschuldigen Vertretern Deutschlands, des neuen Deutschlands, einen geradezu ungeheuerlichen Friedensvertrag aufgezwungen haben. Noch keinem Volk der Erde wurde eine solche Last aufgelegt wie damals dem deutschen Volk. Einem in einem viereinhalbjährigen Krieg völlig ausgeblutetem Volk wurde eine Last auferlegt, unter welcher es zusammenbrechen mußte.

Der Versailler Vertrag wurde zum ewig sprudelndem Quell, aus welchem sich das Elend des arbeitenden Volkes ständig erneuerte und vergrößerte. / (S.5)

Dieser Friedensvertrag trug die Unterschrift eines Sozialdemokraten. Es nutzte nichts, daß immer wieder erklärt wurde: Wir wurden zur Anerkennung gezwungen, sonst wäre Deutschland als Reich zerschlagen worden. Hinzu kam, daß ein Diktat der Entente das andere jagte. Die deutsche Nation wurde zu einem Sklavenvolk, welches die Reparationen für die gesamte Welt unentgeltlich erarbeiten mußte. Auf

internationalen Konferenzen nahm (man) auf das neue Deutschland keinerlei Rücksicht. Es war wirklich zu keiner Zeit etwas davon zu merken, daß die Welt, vor allem die Siegerstaaten, ein Interesse dafür gezeigt hätten, das Werden einer friedliebenden deutschen Republik unter Führung der Sozialdemokratie zu fördern. Es muß noch heute jeden Sozialdemokraten mit Bitternis erfüllen, wenn man sich die Tatsache vor Augen führt, daß die Siegermächte einer von dem bürgerlichen Kanzler Stresemann geführten Regierung mehr Entgegenkommen zeigten als einer Regierung unter sozialdemokratischer Leitung. Unser verstorbener Genosse Hermann Müller wurde als Kanzler der deutschen Republik bei den Genfer Verhandlungen ziemlich demütigend behandelt. An dieser Behandlung beteiligte sich auch die damalige sozialistische Regierung Englands. Unter diesem maßlosen Druck des Auslands, unter den geradezu sadistischen Bemühungen der Siegerstaaten, das Deutschland von Weimar auf Generationen hinaus als gedemütigten Besiegten zu behandeln, auf Erfüllung eines undurchführbaren Friedensvertrages zu bestehen, an welchem man sich selbst nicht gebunden fühlte, wuchs in Deutschland die nationalistische Sturmflut. So half die Welt das friedliebende Deutschland zu vernichten. Heute graust der Welt vor der augenblicklichen großen Kriegsgefahr, welche durch das wiedererstandene Deutschland von Potsdam unter Hitler entstanden ist. Vielleicht müssen in nicht allzu langer Zeit in einem neuen Weltkrieg Millionen Proletarier diese Sündenschuld und Kurzsichtigkeit kapitalistischer Regierungen mit ihrem Leben bezahlen. Vielleicht untersucht man einmal, ob zu jener Zeit in der Vergangenheit das friedliebende Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie die notwendige Unterstützung durch die Sozialistische-Arbeiter-Internationale bekommen hat. Ich bestreite das.

Der Versailler Vertrag förderte durch seine unsinnigen Tributlasten und / (S.6) sonstigen Ungerechtigkeiten den deutschen Faschismus, er machte es den Volksbeauftragten 1918 unmöglich, durch einige sozialistische Maßnahmen die arbeitenden Menschen an den neuen Staat zu binden. (Er) machte es auch unmöglich, durch einige politische Handlungen die Träger der späteren Konterrevolution für immer zu entmachten und die Geldquellen der Konterrevolution trocken zu legen.

Der Versailler Vertrag hinderte die Volksbeauftragten an erfolgreichen Sozialisierungsmaßnahmen. Die geschulte deutsche Arbeiterklasse verlangte 1918/19 - wenigstens in ihrer überwältigenden Mehrheit - durchaus nicht die Nachahmung des russischen Beispiels. Wohl aber erwartete man sichtbare Maßnahmen für das Fundament eines sozialistischen Staates. Das Ausbleiben solcher Maßnahmen förderte die Spaltung der Arbeiterklasse und schuf Millionen enttäuschter Anhänger der Sozialdemokratischen Partei. Die Republik wäre für alle Zeit gesichert gewesen, wenn man 1918 wenigstens folgende Maßnahmen ergriffen hätte:

- 1) Enteignung des Großgrundbesitzes zum Zwecke der Siedlung von Landarbeitern und Vergrößerung des Lebensraumes der Kleinbauern.
- 2) Sozialisierung der Bodenschätze, Kohle, Eisen u.s.w.
- 3) Verstaatlichung der Banken.

- 4) Ausweisung aller Mitglieder ehemals regierender Häuser aus Deutschland für ewige Zeit.
- 5) Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter und Beseitigung aller Beamtenvorrechte.
- 6) Beschlagnahme der Vermögen der ehemals regierenden Häuser.

Diese Forderungen wurden damals nicht nur von den unabhängigen Sozialisten erhoben, sondern auch von einer starken Minderheit in der unteren Führerschaft der SPD.

Hier beginnen die ersten Fehler in der Führung der Partei und der Staatspolitik. Wegen der Nichtdurchführung der ersten drei Punkte darf man weder der Partei noch der Staatsführung einen Vorwurf machen. Schuld war die Unersättlichkeit der Sieger. Wäre damals sozialisiert worden, hätten sicher die kapitalistischen Regierungen der Siegerstaaten die sozialisierten Werte für */(S.7)* Reparationen beschlagnahmt. Vor dem Privateigentum hatten diese kapitalistischen Regierungen noch Respekt, dies aus recht durchsichtigen Gründen. Hätten jene Maßnahmen durchgeführt werden können, dann hätte der neue Staat die Kommandobrücke über die gesamte deutsche Wirtschaft in Händen gehabt. Die Geschichte zeigt, daß auf jede Revolution die Konterrevolution folgt, wenn die Träger der Revolution nicht neben der politischen Macht auch die wirtschaftliche erobern.

Für die Nichtdurchführung der Punkte 4, 5, 6 trägt die Partei die Verantwortung. Mitschuldig sind natürlich die Kommunisten und Unabhängigen, welche durch Spaltung und Fahnenflucht den linken Flügel der Partei schwächten. Heute sind die Folgen jener Sünden deutlich sichtbar. Die Nichtbeschlagnahme der Vermögen der ehemaligen regierenden Häuser wurde nicht nur Ursache zu immerwährender Kritik an der Partei, aus jenem Vermögen und dem der Junker und Schwerindustrie flossen später ununterbrochen die riesigen Summen für Hitlers Privatarmee. Die Justiz soll der stärkste tragende Pfeiler jedes Staates sein. In der Weimarer Republik entwickelte sie sich zum stärksten Helfer der Konterrevolution. Unter Hitler zeigt die deutsche Justiz ihr wahres Gesicht, sie macht aus dem Land der Dichter und Denker das Land der Richter und Henker. Nicht viel anders ist es mit den Beamten. Um die Beamten begann ein förmlicher Wettlauf aller Parteien. Wie fühlten sich diese Herren?!

Die Republik von Weimar machte aus diesen Menschen, die bisher nur Untertanen waren, freie Menschen. Wie aber dankten sie es der Republik? Die Ministerialbürokratie wurde bei den vielen Regierungswechseln allmächtig. Durch Sabotage und eigenmächtige Handlungen wurde die Republik systematisch untergraben und der Konterrevolution in die Hände gearbeitet. Heute stehen die Herrschaften sicher zu 90% auf dem Boden der neuen Tatsachen, immer bereit, sich erneut umzustellen, wenn es der persönliche Vorteil erfordert.

Die Verfassung von Weimar nannte man die freieste Verfassung der Welt. Viele höhnten darüber. Leider war sie es. Wie wurde diese freieste Verfassung bekämpft. Aber von Millionen, die sie bekämpften, wurde sie nicht gekannt, man hatte sie nicht gelesen. In der Abfassung der Weimarer Verfassung kommt die Zerrissenheit */(S.8)* der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Die SPD mußte mit den bürgerlichen

Parteien der Mitte diese Verfassung machen. Es wurde daher kein Werk von einheitlichem sozialistischen Guß. Auf kulturellem Gebiet ist der Einfluß des Zentrums zu sehen. Auf staatsrechtlichem Gebiet bekam der liberalistische Kapitalismus seine Konzessionen. Die SPD baute vor allen Dingen in die Verfassung neben sozialen Gesetzen ihre alten Forderungen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten hinein. Diese Verfassung wurde durch die von ihr gewährte Freiheit und Demokratie zur Kulisse für die Reaktion, hinter welcher sie staatlich geschützt die Konterrevolution vorbereiten konnte.

Durch diese bitteren Erfahrungen wenden sich in Deutschland hunderttausende Sozialisten von der Demokratie ab, rufen nach der Diktatur des Proletariats nach russischem Muster. Nach meiner Auffassung zu Unrecht. Wenn ein Mensch auf einem Klavier nicht spielen kann, hat er noch lange kein Recht, dieses zu zerschlagen. Er muß das Spielen erst lernen. Genauso ist es mit der Demokratie.

Man hätte bei Schaffung der Weimarer Verfassung bedenken müssen, daß das deutsche Volk seit Jahrhunderten von einer Herrenkaste regiert wurde und sich nie selbst regierte. Millionen Menschen in Deutschland, z.B. Frauen, Jugend, Beamte waren politisch nicht reif für die Demokratie. Es hätte also zuerst die politische Erziehung dieser Schichten von Staats wegen einsetzen müssen, ehe man diesen Teilen des Volkes die volle Demokratie zubilligte. Jede Verfassung wird solange ein toter Buchstabe bleiben, solange nicht eine Mehrheit freier Staatsbürger diesen toten Buchstaben zu lebendigen Geist entfaltet. Am Mangel dieser Voraussetzung ging die Weimarer Republik zugrunde und wird und darf in alter Form nie mehr entstehen. Regieren will gelernt sein. Wir lernten es nicht. Wieviel bittere Enttäuschung erlebten unsere Staatsmänner. Nie lernten sie daraus und wurden nicht hart. Drei Putsche - Kapp-, Küstriner- und Hitlerputsch - erschütterten die Republik in ihren Grundfesten. Die Morde an Erzberger und Rathenau ließen nochmals die Empörung aller Sozialisten und ehrlichen Republikaner hell auflodern. Niemals griff man bzw. die Staatsführung gegen das nationalistische Mordbrennertum und (die) Putschisten durch. Milde Festungs- und Gefängnisstrafen (wurden) gegen die Mordbrenner und Putschisten (verhängt). / (S.9)

Den Führern in jenen Putschen wurden sogar ihre Pensionen weiter gezahlt. Man fing an, sich lustig zu machen über die Republik. Ich glaube, daß anlässlich des Mordes an Rathenau die letzte Chance zur endgültigen Ausrottung der Konterrevolution verpaßt wurde. In jener Zeit begann die Vertrauenskrise zur Partei ernsthaftere Formen anzunehmen.

In Erkennung der furchtbaren Gefahr, in welcher die Republik schwebte, wurde 1924 das Reichsbanner gegründet. Wer daran beteiligt war, kennt die ungeheuren Schwierigkeiten, welche den Gründern bereit wurden. Man schien in großen Kreisen der Arbeiterbewegung blind zu sein gegenüber der drohenden Gefahr. Die ersten Reichsbannerformationen wurden verhöhnt und verspottet. Den Kameraden, welche sich zum Schutze der Republik zur Verfügung stellten, wurde jede Freude an ihrer Aufgabe vereckelt. Die Schwierigkeiten des Reichsbanners, seine Organisation zu einer kampffähigen Truppe zu machen, waren besonders in den ersten Tagen nach der Gründung bei der Jugend zu suchen. In der Jugend war ein Abscheu gegen

alles militärische und disziplinierte groß gezogen worden. Die Jugend war keineswegs für den Staat von Weimar begeistert, sie war leicht geneigt, den kommunistischen Beschimpfungen des neuen Staats Glauben zu schenken. Das hatte natürlich gewisse Ursachen. Die Jugend war in den neuen Staat hineingeboren, wußte nichts von den Kämpfen der Alten. Wußte nicht, daß in sozialer Hinsicht und (hinsichtlich der) Freiheit der Einzelperson der neue Staat turmhoch über dem alten kaiserlichen Deutschland stand. Die Jugend nahm das Neue als (etwas) Selbstverständliches, aber als ungenügendes entgegen. Dies kam oft auf Festen unserer Jugend dadurch zum Ausdruck, daß man in Festzügen Schilder trug mit der Aufschrift: Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel! Obwohl der letzte Satz zweifellos richtig ist, wurde dadurch doch der Jugend die ernste Verteidigung des neuen Deutschland nicht gerade begeistert ans Herz gelegt. Heute denkt sicher jener Teil der Jugend anders über das Deutschland von Weimar.

Heute wird besonders die Koalitionspolitik der Partei für die Niederlage verantwortlich gemacht. Ich glaube, daß lange Jahre diese Koalitionspolitik die einzig mögliche und richtige Politik gewesen ist. Es darf unter keinen (S.10) Umständen vergessen werden, daß trotz der Koalitionspolitik, trotz des Krieges und seiner verheerenden Folgen für Deutschland, in Deutschland die beste soziale Gesetzgebung der Welt aufgebaut wurde. Ich glaube aber, daß die Partei den richtigen Zeitpunkt zum Absprung von dieser Politik verpaßt hat. Daß wir zeitweilig Koalitionspolitik aus Gründen der Außenpolitik und des Weltfriedens betreiben mußten, wird wohl kein Mensch in der Internationale bestreiten wollen, denn ich erinnere mich, daß wir oft genug in der Reichstagsfraktion bei Beratungen zusammen saßen, um zu entscheiden, ob wir uns weiter an der Regierung beteiligen sollen. Bei diesen Beratungen wurden uns oft inständige Bitten ausländischer Bruderparteien unterbreitet, im Interesse des Friedens in der Regierung zu bleiben. Gerade auf Grund solcher Ermahnungen stellten manche Abgeordnete ihre eigene entgegengesetzte Auffassung zurück.

Bis 1929 konnten wir sozialpolitisch von Erfolg zu Erfolg schreiten. Wir konnten also durch Erfolge den Arbeitern auch die Richtigkeit unserer Koalitionspolitik vor Augen führen. Gewiß wurden oftmals unsere Erfolge mit Konzessionen an die mitregierenden bürgerlichen Parteien bezahlt. Doch wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß unsere Partei in einer Koalitionsregierung durchaus keine rein sozialistische Politik machen könne, noch viel weniger ein sozialistisches Deutschland schaffen könne. Eine Gefahr barg allerdings jene Politik in sich. Indem (sich) die Partei fast nur auf außenpolitischem Gebiet, innenpolitisch nur für die Sozialpolitik energisch einsetzte, beherrschte die sog. reale Gewerkschaftspolitik die Reichstagsfraktion und der revolutionäre Charakter der Partei verflachte. Diese verhängnisvolle Begleiterscheinung, die Verwässerung alter sozialistischer Ideale rächte sich in der späteren Zeit außerordentlich.

1929 brach die Weltwirtschaftskrise ... in Begleitung einer internationalen Agrarkrise in allen Ländern der Welt aus. In Deutschland, dem Lande, welches durch die unsinnigsten Reparationen ausgeblutet war, wirkte diese Krise schwerer als in anderen Ländern. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide. Dadurch gingen die

Staatseinnahmen zurück, die Staatsausgaben aber stiegen in dem selben Maße. Denn die Arbeitslosen mußten vor dem ärgsten Elend geschützt werden. Natürlich /!(S.11) setzte die bürgerliche Mehrheit in der Koalition durch, daß bei den nun einsetzenden Sparmaßnahmen zuerst bei den Renten und der Arbeitslosenunterstützung gespart werden müßte. Die Staatseinnahmen wurden dadurch gefördert, daß man durch Steuern und Zölle dem arbeitenden Volk neue Lasten auflud. Die Erbitterung und Unzufriedenheit in den Massen stieg von Monat zu Monat. Hinzu kam, daß trotz dieser Not die Ausgaben für Militär und Flotte unsinnig gesteigert wurden. Eine herrliche Zeit für die demagogische Agitation der Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein Trommelfeuer starker Angriffe gegen die Sozialdemokratie setzte ein. Links und rechts stieg die Welle der Verführten. Selbst in unserem eigenen Lager stieg die Verzweiflung und Unzufriedenheit ins Ungemessene. Dies wäre die Zeit des Absprungs von der Koalitionspolitik gewesen, jetzt hätte die Parteileitung die Reichs- und (die) Landtagsfraktionen in eine entschiedene Oppositionsstellung führen müssen. Wohl traten wir endlich aus der Reichsregierung aus, jetzt aber wurde unter Hinweis auf die drohend gewordene Gefahr des Faschismus die Reichstagsfraktion in die Tolerierung der Brüningregierung mit ihren verhängnisvollen Ermächtigungsgesetzen hinein manövriert. Natürlich wurde nun auch die Partei für alle Handlungen dieser Regierung mitverantwortlich gemacht.

Diese Politik war insofern unsinnig und verhängnisvoll, als Brüning die Voraussetzungen für unsere Unterstützung nicht erfüllte, nämlich: energischer Kampf gegen den Faschismus. Übrigens nutzte uns auch die bescheidenste Opposition im Reich solange herzlich wenig, als wir im großen Preußen die Verantwortung trugen. Dadurch mußten wir für die Reichspolitik immer mitverantwortlich sein. Unsere Beteiligung, ja sogar Führung in der Preußenregierung unter Genossen Braun und Severing ist ein besonders trübes Kapitel. Diese Politik wurde - besonders in den letzten Jahren - immer damit verteidigt, daß die Partei jederzeit durch die Machtmittel in Preußen die Machtergreifung des Faschismus im Reich verhindern würde. Dieser Glaube wurzelte tief in den Führern und Massen. Dieser Glaube veranlaßte manchen Genossen, seine Unzufriedenheit mit der Politik der Reichstagsfraktion zu unterdrücken. Auch die unglaublichsten Belastungen der Partei durch die Reichspolitik wurde unter /!(S.12) Hinweis auf die Machtstellung in Preußen hingenommen.

Die Genossen Braun und Severing sorgten durch viele Reden innerhalb und außerhalb des Parlaments dafür, daß bei Freund und Feind der Glaube wuchs, jene Männer haben mit der preuß(ischen) Polizei und dem riesigen Verwaltungsapparat das Heft in Händen. Diese Auffassung wurde durch die nachfolgenden Ereignisse grausam zerstört. Severing hatte auch führenden Genossen aus der Provinz, welche die drohende Gefahr des Faschismus kommen sahen und mit ihren Sorgen und Bedenken (bei) Severing intervenierten, versprochen, bei offenem Ausbruch der Konterrevolution das Reichsbanner zu bewaffnen und der preuß(ischen) Polizei anzugliedern. Diese Auffassung des parteigenössischen Polizeiministers wurde den

Funktionären übermittelt. Im blinden Vertrauen auf diese Versprechungen harnten nunmehr die Massen auf die unfehlbar kommende Auseinandersetzung. Die Arbeiter waren schlecht bewaffnet. Wohl hatten tausende Arbeiter einen Revolver und Munition. Es war direkt rührend immer wieder zu sehen, wie selbst Arbeitslose sich und ihren Familien das Geld zur Anschaffung einer Waffe abdarbten.

Mit diesen primitiven Waffen allein waren die Arbeiter unter keinen Umständen einer Auseinandersetzung mit den Faschisten gewachsen. Allzumal mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen war, daß die Reichswehr gegen die Arbeiter gehen würde und die Nazis selbst außerordentlich gut mit modernen Waffen ausgerüstet waren. Der Kampf hatte also nur Aussicht auf Erfolg für die Arbeiter, wenn ihnen die Machtmittel Preußens zur Verfügung standen und die Gewerkschaften bereit waren, die Waffe des Generalstreiks anzuwenden. Da(ss) diese Voraussetzungen nicht eintreten würden, konnten sich jene Genossen denken, welche seit Jahren Gelegenheit hatten, tiefer in die preuß(ische) Politik hineinzusehen. Mit großem Bangen sahen seit Jahren diese Genossen in die Zukunft. Immer und immer wieder ergingen mündliche und schriftliche Warnungsrufe und förmliche Bitten um Eingreifen und Zupacken an Braun und Severing und an die nachgeordneten Stellen. Alles vergeblich. Selbstsicher wurde darauf hingewiesen, daß die Polizei fest in den Händen der parteigenössischen Staatsmänner sei. Das Erwachen war fürchtbar und jene Genossen, welche die Gefahr kommen / (S.13) sahen und als Warner auftraten, werden ihr Leben lang nicht über den Schlag hinweg kommen, welcher der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung dadurch versetzt wurde. Mit der Macht in Preußen hätte tatsächlich das Reich beherrscht werden können. Dazu gehört(e) aber:

- 1) Klare und rechtzeitige Erkenntnis der faschistischen Gefahr.
- 2) Der unbedingte Wille von Partei, Gewerkschaften und preuß(ischer) Staatsführung, der Konterrevolution mit Gewalt zu begegnen.
- 3) Partei, Gewerkschaften u(nd) preuß(ische) Staatsführung mußten sich den Zeitpunkt des Losschlagens nicht vorschreiben lassen, sondern die Führerpersönlichkeiten mußten ihn bestimmen.

In dieser Hinsicht ist ein geradezu klägliches Versagen aller Instanzen festzustellen.

Preußen umfaßt 2/3 des gesamten Reiches. Von 64 Millionen Menschen wohnen 44 Millionen in Preußen. Den 100.000 Mann Reichswehr kann Preußen 70.000 Mann Polizei entgegenstellen. Der Geist der Polizeimannschaften war in unserem Sinn durchaus gut. Preußen besitzt zum Kampf gegen die Konterrevolution in seinem riesigen Verwaltungsapparat entscheidende Kommandostellen. Ein ungeheurer Machtfaktor hätte also der Konterrevolution entgegengestellt werden können. Daß man es nicht tat, wird vor der Geschichte nie bestehen können. Aus der Geschichte der preuß(ischen) Politik können die Arbeiter der Welt viel lernen. Auch hier liegen die Ursachen des völligen Versagens der sozialistischen Minister gegen die Reaktion in schweren Fehlern der Vergangenheit. In der Beamtenpolitik wurde die SPD geradezu schamlos hinter die bürgerlichen Parteien zurückgesetzt. Präsentierten die politischen Sekretäre der einzelnen Bezirke den sozialistischen Ministern für wichtige politische Beamtenposten einen Parteigenossen, dann war derselbe in den

meisten Fällen in den Augen der Minister ungeeignet. War er ein Außenseiter, dann mußte auf die anderen Koalitionspartner Rücksicht genommen werden. Aber das nicht allein. Obwohl die SPD fast 14 Jahre ununterbrochen die preuß(ische) Regierung führte, saßen ungestört in hohen Kommandostellen der Verwaltung offene Reaktionäre, ja offene Konterrevolutionäre, die sich an früheren Putschten beteiligt hatten. In den letzten Jahren war es geradezu unmöglich, die Regierung zu veranlassen, irgendeinen Beamten deshalb zu entlassen, (obwohl) er sich offen zu den Faschisten bekannte. Auf Verordnungen und Erlasse (S.14) der Regierung, daß den Beamten verboten sei, republikfeindlichen Organisationen anzugehören, piffen die Beamten.

Noch schlimmer war das Versagen der preuß(ischen) Regierung gegenüber der illegalen, dem Versailler Vertrag widersprechenden Bewaffnung der Reaktion und der illegalen Militärorganisationen. Auf diesem Gebiet trifft eine Riesenschuld die parteigenössischen Minister der Reichs- und Preußenregierung, aber auch die Parteileitung, welche nie den Mut fand, als politische Leitung ein Machtwort zu sprechen gegen unsere Minister. Den Ministerpräsidenten Braun zu kritisieren war schon zu einem unerhörten Parteiverbrechen geworden.

In Deutschland, besonders in Preußen, befanden sich riesige illegale Waffenlager seit dem Jahre 1918. Die Regierung half, diese Waffen vor den Augen der Entente zu verbergen. Das hätte dann noch einen Sinn gehabt, wenn die republikanisch-sozialistische Regierung dafür gesorgt hätte, daß diese Waffen in absolut zuverlässigen Händen gewesen wären. So aber mußten die Parteifunktionäre mit Zähneknirschen sehen, wie diese Waffen bei reaktionären Junkern eingelagert waren. Bezirkssekretäre erlebten manchmal folgende beschämende Episoden:

Es wurden bei einem besonders reaktionären Junker festgestellt, daß ihm ein großes Waffenlager anvertraut wurde. Dem Sekretär war bekannt, daß der Kerl ganz offen gegen den neuen Staat arbeitete und Verbindung mit den nationalistischen Verbänden hielt. Nun forderte dieser Sekretär energisch von seinem parteigenössischen Minister, daß diese Waffen schleunigst diesem Junker genommen wurden. Selten trug man solcher Forderung Rechnung. Geschah es aber, dann holte die Reichswehr die Waffen ab und brachte sie zur Kaserne, dort wurden sie abgeladen und in derselben Nacht wieder demselben Junker (zurück)gebracht.

In den Augen sozialistischer Reichs- und Landesminister genossen anscheinend die Reaktionäre mehr Vertrauen als Treuhänder für illegale Waffen als die eigenen Parteigenossen. Ja, es kam so weit, wenn Bezirkssekretäre der Partei von ihrem Oberpräsidenten wissen wollten, wo jene Waffen lagerten, um im Falle der Gefahr zuzupacken, daß ihnen das nicht gesagt wurde.

Die arme Republik mußte sich noch viel mehr gefallen lassen. Zielbewußt arbeitete seit Jahren die Konterrevolution auf ihr Ziel los, wohlwollend (S.15) wurde sie von der Reichswehr unterstützt. Es galt nur, den richtigen Dreh zu finden, um den Hitlerbanden die illegalen Waffen auf legalem Wege in die Hände zu spielen. Es galt weiter, die Soldaten der Konterrevolution militärisch für den Umsturz vorzubereiten, zugleich aber der SPD den Mund zu stopfen, irgend etwas über diese Dinge zu schreiben oder zu sagen. Prompt gaben sich auch hierzu sozialistische Reichs- und

Landesminister her. Man hielt mit staatlicher Autorität (die Hand) über die Konterrevolution und ihre umstürzlerischen Vorbereitungen. Ich muß leider feststellen, daß auch der Parteivorstand nachfolgende Dinge nicht nur kannte, sondern duldete und nicht den Mut fand, gegen die parteigenössischen Minister und die skandalösen Zustände ein Machtwort zu sprechen. Dies hätte um so mehr geschehen müssen, als der Parteivorstand unzählige Mal von seinen Außensekretären aus der Provinz um scharfes Eingreifen gebeten wurde. Dieser Akt der Tragödie der Weimarer Republik spielte sich unter sozial(istischen) Ministern wie folgt ab:

Ein Vorwand mußte gefunden werden, um der Konterrevolution die offene Bewaffnung zu ermöglichen und die militärische Ausbildung zu gestatten. Man wollte nicht mehr warten, die Reaktion wollte endlich der verhaßten Republik mit ihrer sozialen Gesetzgebung den Garaus machen. Der Vorwand zur Ausführung des Planes wurde bald gefunden. Geheimnisvoll und drohend zugleich wurde den Behörden mitgeteilt, daß Deutschlands Grenzen bedroht seien. Der böse Pole und Tscheche stehe angeblich auf dem Sprunge, Deutschland zu überfallen. Daher der Befehl, umgehend aus zuverlässigen nationalen Männern einen Grenzschutz zu bilden. Beschleunigt wurde dieser Befehl ausgeführt und nicht nur die Bewaffnung des Grenzschutzes, sondern selbstverständlich auch die militärische Ausbildung durch Reichswehroffiziere vorgenommen. Als national zuverlässig wurden natürlich nur die Angehörigen des Stahlhelms und die Hitlerbanditen betrachtet. Wohl hat Severing angeordnet, daß Nationalsozialisten zum Grenzschutz nicht zugelassen werden sollten. Die Reichswehr pfiff auf die Verordnung, später wurde sie auch offiziell derart gelockert, daß die SA- und SS-Leute ganz offen in den Grenzschutz einbezogen wurden. Die SPD-Sekretäre in den Grenzgebieten (S.16) waren entsetzt. Sie wurden von ihren Funktionären bestürmt und gebeten, diesem gefährlichen Spuk ein Ende zu bereiten. Sie baten flehentlich und drohten. Sie schilderten die kommende Gefahr. Es half nichts. Die Minister erklärten: Die Sache muß durchgeführt werden, sonst scheidet die Koalitionsregierung. Severing meinte sogar, daß nach seiner Auffassung die Polen- und Tschechengefahr Unsinn sei, die ganze Militärspielerei sei Blödsinn, doch eingeschritten wurde nicht. Die Reichswehr bestand im Auftrag der Reaktion auf ihrer Forderung. Severing forderte uns nur auf, zuverlässige Reichsbannerleute in den Grenzschutz zu delegieren, um immer orientiert zu sein. Enttäuscht und verbittert fuhren die Sekretäre in die Heimat zurück und organisierten als letztes Gegengewicht den Eintritt in den Grenzschutz. Doch auch hier kam es, wie die Sekretäre es prophezeit hatten. Widerwillig und unter 100 Vorwänden wurde unseren Leuten der Eintritt in den Grenzschutz erschwert. Man wollte und mußte unter sich bleiben. Die wirklich zugelassenen Kameraden wurden schikaniert, man ließ sie an belanglosen theoretischen Unterrichtsstunden teilnehmen und in kurzer Zeit war der letzte Reichsbannermann aus dem Grenzschutz hinausgegrault.

Nun arbeitete die Reaktion fieberhaft an den letzten Vorbereitungen der „nationalen Erhebung“. Fuhren wir nachts zu Versammlungen, dann konnten wir die nächtlichen Felddienstübungen beobachten, die Nazis und Stahlhelmer ausführten, sehr oft in Verbindung mit der Reichswehr. Nicht lange dauerte es und

man scheute auch das Tageslicht nicht mehr bei den Vorbereitungen zum Staatsstreich. Auf den Exerzierplätzen der Reichswehr bildeten ganz ungeniert Unteroffiziere und Offiziere die braune Armee im Waffengebrauch aus. Schamlos wurde unserer Presse der Mund gestopft, daß über diese drohende Gefahr nichts geschrieben werden durfte. Es wurde einfach verordnet, daß wer über diese Dinge schreibe oder rede, wird wegen Hochverrats ins Zuchthaus geschickt. Auch hierzu schwiegen Parteileitung und Minister. Die Konterrevolution war am Ziel.

Der Feind hatte die Arbeiterklasse mit ihren stolzen Organisationen völlig eingekreist. Als treue Schildknappen hatten dabei Partei und sozialistische Minister Wache gestanden. Der letzte Akt der Tragödie konnte nun über die Bühne / (S.17) laufen. Der 20. Juli (1932) und der 13. März 1933 waren nunmehr die Schlußpunkte unter eine, hier kurz geschilderte furchtbare Entwicklung. Von 1930 - 1933 versuchte die Arbeiterklasse in heldenhaftem Kampf den eisernen Ring zu sprengen, welche die Konterrevolution um sie zog. Die Provinzsekretäre der Partei und des Reichsbanners kamen kaum noch zum Atemholen. Eine Wahl jagte die andere. Jeden Abend Versammlungen. Die Versammlungskämpfe mit den Nazis wurden immer nervenzerrüttender. Die Kommunisten leisteten den Nazis getreue Hilfe gegen die SPD. Im indischen Dschungel ist es gewiß sicherer als in den letzten Jahren auf dem Lande in Deutschland gewesen, eine Versammlung der SPD abzuhalten. Menschen fielen opferbereit. Treue, gute und tapfere Menschen waren bereit, das letzte zu geben, um die Umklammerung des Feindes zu sprengen. Sehnsüchtig sahen Millionen Arbeiter nach der höchsten Kommandobrücke in Partei, Gewerkschaften und preuß(ischen) Staat und horchten auf ein Kommando zum Kampfe. Zu hören war nur die Mahnung: Ruhe, Ruhe, Ruhe!

Am 20. Juli 1932 entthob Papen die preuß(ische) Regierung ihrer Ämter. Noch einmal horchte die Arbeiterschaft auf, kommt jetzt der Ruf zum Kampf? Nein, es war aus. Als korrekte Staatsbürger wandten sich die Minister einer revolutionären Partei an den Staatsgerichtshof. Man suchte Recht bei einer Zelle der Konterrevolution. Noch ließ der famose höchste Gerichtshof die Maske nicht ganz fallen. Man traute der Arbeiterschaft doch noch ein Losschlagen zu und konnte nicht wissen, wie es kommen könnte. Man billigte der alten Preußenregierung ‚gewisse Rechte‘ zu. Es kam die Zeit, wo jeder aufrechte Sozialdemokrat vor Scham vergehen konnte. Witzblätter machten sich lustig über preuß(ische) Minister. Man ließ der rechtmäßigen preuß(ischen) Regierung kaum genügend Toiletten in ihrem Ministerium. Nun kam es wie es kommen mußte. Die Partei verlor alle Werbekraft bei den folgenden Wahlen. Die alte Garde stand - wenn auch maßlos enttäuscht und erbittert - wie aus Granit gehauen zur Partei. Verbissen tat jeder seine Pflicht. Die Reaktion, welche vorher getestet hatte, wie die Arbeiterorganisationen auf ihre Gemeinheiten reagieren würden, drosselte nunmehr die letzten Möglichkeiten zum politischen Leben ab. Der verbrecherische Reichstagsbrand war der Vorwand dazu, vor den Wahlen vom 5. März jede politische Tätigkeit der SPD zu unterbinden. / (S.18)

Im Bürgertum entstand eine Panik. Allenthalben entstand der Eindruck, die Faschisten haben in Deutschland keinen politischen Gegner mehr, also rette sich wer

kann! Alles strömte zu den Nazis. Hitler konnte am 6. März 17,2 Mill. Stimmen verbuchen. Unnötigerweise leistete der preuß(ische) Ministerpräsident Otto Braun noch seinem Sieg Vorschub, indem er am Tage vor der Wahl Deutschland verließ und in die Schweiz ging. Die Nazis nutzten dies am Wahltage weidlich aus und man übertreibt nicht, wenn man sagt, diese unüberlegte Handlung kostete der Partei vielleicht mehr als eine Mill(ion) Stimmen.

Jetzt hätte jeder in der Partei klar sehen müssen. Leider gab es noch immer Leute, welche sich an einen Strohalm klammerten. Die Konturen der Konzentrationslager zeichneten sich aber schon am politischen Horizont ab. Jetzt wurde für die Partei und (die) Gewerkschaften sowie für das Reichsbanner die Frage akut: Wollen wir ruhmlos untergehen oder wollen wir den Kampf wagen, dann aber wenigstens einen ehrenvollen Untergang?! Fast schien es so, als wollte man sich zu einem entscheidenden Kampf aufraffen. In einer Sitzung der Reichstagsfraktion nach der Wahl vom 5. März saßen sich in einer Fraktionsitzung ernst und sorgenvoll die neu gewählten Abgeordneten der Partei gegenüber. Es gab viel Wille zum Kampf. Die Parteileitung wurde gefragt, ob und was sie getan habe zur Vorbereitung des Kampfes. Gen(osse) Wels erklärte: Der Parteivorstand habe Nächte lang mit der Reichskampfleitung (der Eisernen Front) zusammen gesessen und alles vorbereitet. (An) Gen(ossen) Graßmann wurde appelliert, was die Gewerkschaften zu tun gedächten. Er antwortete: Der Bundesvorstand habe gleichfalls alles vorbereitet und man brauche nur auf den Knopf zu drücken und der Apparat laufe. So gingen wir in unsere Heimat und bereiteten das Letzte für den Augenblick vor, wo der Ruf ertönen würde: Klar zum Kampf!

Der Ruf kam nicht. Was aber kam, war furchtbar. Unsere Funktionäre wurden einzeln festgenommen; man fand die Waffen und andere Abwehrmittel. Arme Burschen, wie teuer mußtet ihr dafür bezahlen, daß euer Generalstab versagte. Noch nie ist eine politische Bewegung so kläglich von der politischen Bühne abgetreten wie die deutsche Sozialdemokratie. Hunderte, vielleicht tausende Genossen sind ermordet oder nahmen sich auch aus Not, Verzweiflung / (S.19) und Scham das Leben. Weitere Tausende werden diesen Winter folgen. Viele Zehntausende befinden sich in der Hölle der Konzentrationslager. Weitere Tausend irren heimatlos in der Welt umher. Möge der Arbeiterschaft anderer Länder diese entsetzliche Heimsuchung erspart bleiben. In Deutschland ging eine Herrschaftsform zugrunde, weil sie nicht den Mut und die Tatkraft fand, sich selbst zu verteidigen.

Nach meiner Auffassung kann und muß die Arbeiterschaft der Welt folgende Lehren aus der deutschen Begebenheit ziehen:

- 1) Bei revolutionären Umwälzungen kann und muß die Arbeiterschaft neben der politischen Macht auch die wirtschaftliche erobern.
- 2) Trotz Notwendigkeit der Demokratie müssen Sicherungen gegen die niedergeschlagene Herrscherkaste geschaffen werden.
- 3) Bei Machtübernahme durch die Arbeiterschaft müssen alle politischen Verwaltungsstellen durch zuverlässige Sozialisten besetzt werden.
- 4) In Ländern, wo Koalitionsregierungen mit bürgerlichen Parteien unvermeidlich sind, muß ein Mindestprogramm der Arbeiterschaft Bedingung sein.

- 5) Jede konterrevolutionäre Regung muß im Keime zermalmt werden.
 6) Die Wehrmacht des Landes muß fest in der Hand der revolutionären Regierung sein.
 7) Schützt die Leitung eurer Organisation vor Überalterung. Entschlußlosigkeit in der Stunde der Gefahr ist der Tod jeder Bewegung.
 8) Die Arbeiterschaft darf niemals den Glauben in sich groß werden lassen, daß die legalen Machtmittel des Staates genügen, um in der Stunde der Gefahr die Arbeiterschaft und ihre eroberten Rechte zu schützen. Die Arbeiterschaft muß vielmehr stündlich vorbereitet sein, um ihre Errungenschaften mit Gewalt zu verteidigen.

ROT UN BE IRR BAR

Zeugen und Zeugnisse
einer Familie



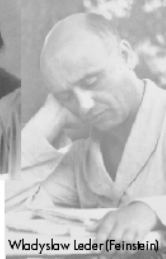
Minna
Hirschfeld



Rosa
Feinstein



Lilly
Hirschfeld



Wladyslaw Leder (Feinstein)



Jak
Schüler



Michaelina
Feinstein



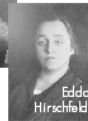
Artur
Hirschfeld



Jan
Teinbaum



Anna
Hirschfeld



Edda
Hirschfeld

Eineinhalb Jahrhunderte Familiensaga

Erzählt und ausgewählt
von Stefan und Witold Leder

+ soeben erschienen + herausgegeben von gerd kaiser +
 + eine große familie in einem großen format +
 + zwei jahrhunderte gespiegelt in einer familie + viele abbildungen +
 + 26 euro + 374 seiten + bei edition bodoni + im buchhandel erhältlich +